



ANWÄLTIN DES STANDORTS

Die Industriellenvereinigung
als unabhängiger Partner
der Politik



„MINT-GIRLS“-CHALLENGE
Wettbewerb für MINT-Talente
geht in nächste Runde

Seite 8



NIEDERÖSTERREICH
Neue Impulse bei der Jungen Industrie

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

USA UND EU
Potenziale der transatlantischen
Partnerschaft

Seite 2

Transatlantische Partnerschaft im Fokus: Konflikte lösen, Potenziale ausschöpfen

Das enorme Potenzial der transatlantischen Partnerschaft muss für die heimische Industrie effektiv genutzt und in allen Bereichen optimal ausgeschöpft werden.

Die USA und die EU sind füreinander die jeweils wichtigsten Handels- und Investitionspartner. Das bilaterale Handelsvolumen hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Besonders für Österreich ist dies von Bedeutung, denn die USA bleiben nach Deutschland der zweitwichtigste Markt für heimische Warenexporte. Ein fairer und möglichst offener Zugang zum US-Markt ist daher für die heimische Industrie ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor.

Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft vertiefen

Handelskonflikte und protektionistische Maßnahmen wie etwa US-Sonderzölle im Bereich Stahl und Aluminium gefährden jedoch Arbeitsplätze und Wohlstand. Immerhin werden durch die transatlantische Wirtschaftsbeziehung mehr als neun Millionen Jobs auf beiden Seiten des Atlantik direkt gesichert. Die Industrie fordert daher, sämtliche Gespräche zu intensivieren und nachhaltige Lösungen zu erreichen.



Der EU-US-Handels- und Technologie- rat (TTC) kann hier eine wesentliche Unterstützung bieten und sollte als zentrales Forum der transatlantischen Zusammenarbeit gestärkt werden. Mittel- und langfristig wäre wesentlich, Gespräche sowohl über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, welches jedenfalls zumindest Zölle auf Industriegüter

beseitigt, wie auch über ein Investitionsabkommen zu initiieren.

Strategische internationale Zusammenarbeit stärken

Gemeinsame Interessen gilt es auch auf multilateraler Ebene zu vertreten. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Reform und Stärkung der Welthandelsorganisation,

besonders in Hinblick auf die andauernde US-Blockade des Streitbeilegungssystems. Darüber hinaus sollten die gemeinsamen Chancen in der Energie-, Klima- und Rohstoffpolitik genutzt und das EU-US-Abkommen zu kritischen Rohstoffen rasch umgesetzt werden.



WEBTIPP

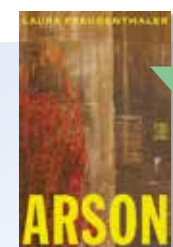
Hier geht's zum Download des IV-Positionspapiers.



ANTON WILDGANS- PREIS 2024:

Der renommierte Literaturpreis der Österreichischen Industrie, der „Anton Wildgans-Preis“, ging dieses Jahr an Laura Freudenthaler.

Siehe auch: www.iv.at



GEWINN- SPIEL

Die „iv-positionen“ verlosen anlässlich der Verleihung des Wildgans-Preises ein signiertes Exemplar von Laura Freudenthalers Roman „Arson“. Um an der Verlosung teilzunehmen, schicken Sie bitte ein E-Mail an: positionen@iv.at.

Industrie räumt beim „TRIGOS“ ab

Österreichs wichtigste Auszeichnung für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung ging heuer wieder an viele Industrieunternehmen.

Der TRIGOS, Österreichs wichtigste Auszeichnung für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung, wurde zum 21. Mal vergeben – und zeigte auch in diesem Jahr, dass Nachhaltigkeit in der heimischen Wirtschaft immer stärker gelebt wird.

Hinter dem TRIGOS steht eine breite Trägerschaft bestehend aus Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich, Caritas, Österreichisches Rotes Kreuz, respACT und Umweltdachverband.

Unter den Nominierten in den Kategorien „Vorbildliche Projekte“, „Mitarbeiter-Initiativen“, „Internationales Engagement“, „Regionale Wertschöpfung“, „Social Innovation & Future Challenges“ und

„Klimaschutz“ finden sich viele IV-Unternehmen wie Infineon Technologies Austria, Greiner AG, Saubermacher Dienstleistungs AG, Raiffeisenlandesbank Burgenland und Revisionsverband eGen. Auch unter den Gewinnern sind die Mitglieder der Industriellenvereinigung gut vertreten:



Im Rahmen der „TRIGOS Gala 2024“ zeichnete die Zivilgesellschaft Unternehmen aus, die sich durch besonders zukunftsfähiges und nachhaltiges Wirtschaften verdient gemacht haben.

- Die Legero Schuhfabrik GmbH setzt durch ihre Eco-Datenbank neue Maßstäbe in der Transparenz und Nachhaltigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette und wird dafür mit dem TRIGOS in der Kategorie „Klimaschutz“ ausgezeichnet.

- Auf technische Innovation setzt auch Hartmann Österreich – mit den Bacillo® Zero Tissues hat Hartmann nachhaltige, hochwirksame Desinfektionstücher entwickelt, die vollständig recycelbar ihren CO₂-Fußabdruck um bis zu 75% reduzieren. Hartmann Österreich gewinnt dafür den TRIGOS in der

Kategorie „Social Innovation & Future Challenges“.

- Die Kärntnermilch reg. Gen.m.b.H. erhält den TRIGOS in der Kategorie „Regionale Wertschöpfung“. Ihre Initiativen zur Förderung von Qualität, Regionalität und Umweltbewusstsein stehen genauso im Zentrum ihres Handelns wie ihre Bio-Produkte.

- Der TRIGOS in der Kategorie „Mitarbeiter-Initiativen“ geht dieses Jahr nach Vorarlberg an die Julius Blum GmbH. Das Unternehmen fördert mit „Wir bei Blum fahren Bus & Rad“ nachhaltige Mobilität für Mitarbeiter – durch Zuschüsse für Fahrräder, kostenlose Klimatickets und neue Bushaltestellen.

Wirtschaftspolitischer Realitäts-Check: Es gibt keine Alternative!

Die österreichische Wirtschaft schrumpft und viele der Probleme sind hausgemacht. Die nächste Regierung wird wohl auch unangenehme Reformen durchführen müssen. Die Produktivität muss gesteigert werden!



Der Ernst der Lage ist lange Zeit ignoriert worden – Österreich ist in einer Mischung aus konjunktureller und struktureller Rezession, und es ist eine hartnäckige und lange Phase. Erst kürzlich wurde das Minus im Wirtschaftswachstum für 2023 noch weiter nach unten korrigiert – um ein Prozent ist die heimische Wirtschaft vergangenes Jahr geschrumpft und für heuer gehen IHS und Wifo in ihrer jüngsten Prognose ebenfalls von einem Rückgang aus. 2025 soll es wieder ein kleines Plus von einem knappen Prozent geben – viel ist das nicht. Es ist das zweite Rezessionsjahr für Österreich und bereits das dritte für die Industrie. Heimische Unternehmen investieren stärker im Ausland als ausländische Unternehmen in Österreich. Die Rah-

menbedingungen stimmen nicht, das Preis-Leistungs-Verhältnis ist in absolute Schiefe geraten.

Dementsprechend muss der Wirtschaftsstandort in den Sondierungsgesprächen im Zentrum der Verhandlungen stehen. Es gibt dazu keine Alternative! Die Zeit der taktischen Wahlkampf-Fantasien ist vorbei. Nun geht es um ein Regierungsprogramm, das auch unpopuläre Reformen im Bereich Arbeitsmarkt (Arbeitslosengeld!) und Pensionen umfasst; ein Programm, das Investitionen in Innovation und Infrastruktur ankurbelt, statt den Konsum mit einer Förder-Gießkanne zu befeuern und die Lohn-Preis-Spirale weiterdrehen zu lassen. Und nicht zuletzt muss die Regierung so aufgesetzt sein, dass diese Reformen und Maßnahmen

auch umgesetzt werden und im Regierungsprogramm die nächste Legislaturperiode überdauern.

Eines ist zudem klar: Der Wähler hat neuen Steuerfantasien, wie sie im Wahlkampf gewälzt wurden, eine klare Absage erteilt. Nur 31 Prozent der jetzt im Parlament vertretenen Parteien propagieren diese Ansichten. Allein die Debatte hat dem Standort allerdings bereits geschadet und es wird höchste Zeit, sie nun zu begraben und Unternehmen wieder eine sichere Planungsperspektive zu geben. In Zeiten von Unsicherheiten wie steigenden Lohnstückkosten, hohen Energiepreisen, bürokratischen Belastungen und geopolitischen Spannungen muss ein klares Signal gesetzt werden, dass weitere standortschädigende Maßnahmen ausgeschlossen sind. Wenn

Unternehmen nicht damit rechnen können, in Österreich wettbewerbsfähig produzieren zu können, kommt es zu (weiteren) Verlagerungen zahlreicher hochqualitativer Arbeitsplätze sowie von Innovation und Investitionen, die auch Steuereinnahmen bedeuten. Eines ist jedenfalls klar: Es kommen nun Jahre des unangenehmen, aber wichtigen Realitätschecks.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Zahl des Monats

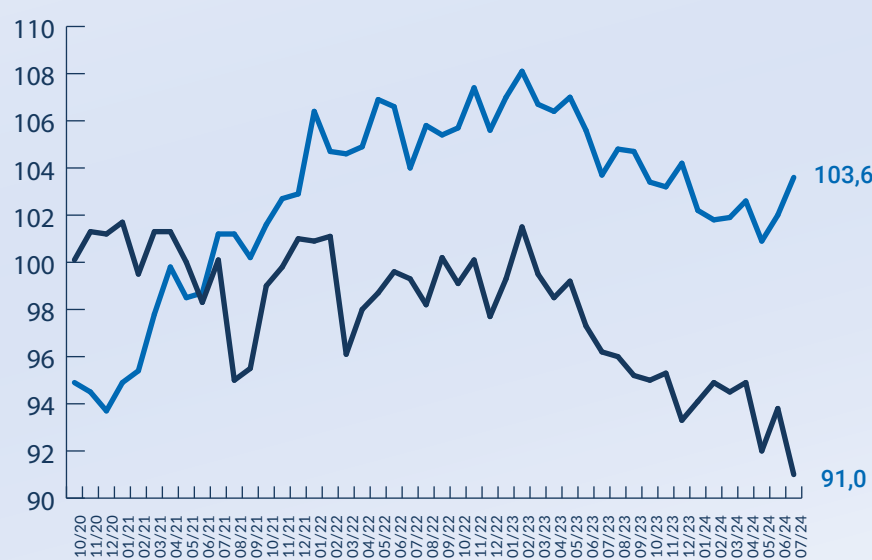
Österreichs Industrie befindet sich bereits im dritten Rezessionsjahr. Hohe Energiekosten, stark steigende Lohnstückkosten und eine regelrechte Bürokratieflut in den letzten Jahren setzen ihr stark zu. Bei einer ähnlichen Ausgangslage brach die deutsche Industrie jedoch noch deutlich stärker ein: Fast zehn Prozent verlor sie seit 2021 an Boden. Vor allem die deutsche Automobilbranche hat mit der E-Auto-Wende und damit einhergehender Billigkonkurrenz aus China zu kämpfen.

— Deutschland
— Österreich

Quelle: Eurostat

Deutschland hat Grippe, Österreich hustet

Entwicklung der saisonbereinigten monatlichen Industrieproduktion (Index 2021 = 100)



100.904 Mio. Euro

So viel gab Österreich laut Statistik Austria im Jahr 2023 für soziale Sicherung aus (exklusive Gesundheitsausgaben). Die Sozialquote, also die jährlichen Ausgaben für Soziales (inkl. Gesundheit) gemessen am BIP, betrug derweil 30,3 Prozent. Somit floss fast jeder dritte Euro der österreichischen Volkswirtschaft in diesen Bereich; Tendenz mittelfristig steigend, auch aufgrund ungelöster demografiebedingter Ausgabentreiber (Pensionen, Gesundheit und Pflege).

Finanzieren muss dies eine in den nächsten Jahrzehnten schrumpfende Erwerbsbevölkerung. Beträgt die Zahl der 20- bis 64-Jährigen 2023 noch 5,57 Mio., wird sie bis 2040 auf 5,3 Mio. Erwerbstätige sinken, so eine Prognose der Statistik Austria.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): IV/Matanovic, IV Burgenland/Ingrid Puschautz-Meidl, IV Kärnten, JI NÖ/Bgld, IV OÖ/Adobe Stock, IV Salzburg/Adobe Stock, IV Steiermark/Science Garden/Foto Fischer, IV Tirol, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Alexander Müller Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Zukunftspfade für den Logistikstandort Österreich

Ein Round Table aus Wirtschaft und Politik im Haus der Industrie hat der Forderung nach einem klaren Fahrplan zur Ökologisierung des Güterverkehrs, zum Ausbau alternativer Lade- und Tankinfrastrukturen, zur Förderung multimodaler Verkehrslösungen und zur Modernisierung regulatorischer Rahmenbedingungen Nachdruck verliehen.

Beim von Industriellenvereinigung und ZV-Spedition & Logistik veranstalteten Round Table „Zukunft Standort = Zukunft Infrastruktur Logistik & Güterverkehr“ skizzierten Wirtschaft und Politik Mitte September maßgebliche Herausforderungen und Lösungen für den Logistikstandort Österreich. Vertreter der Logistikbranche und parlamentarische Vertreter der Regierungsparteien fanden sich im Haus der Industrie in Wien ein; SPÖ, FPÖ und Neos mussten u. a. aufgrund der aktuellen Unwetterfolgen ihre Teilnahme kurzfristig absagen. Im Zentrum der Diskussionen standen Themen wie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Logistikstandorts, die Modernisierung der Infrastruktur und die Dekarbonisierung des Güterverkehrs. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, multimodale Verkehrslösungen zu forcieren und Straße, Schiene und alternative Transportwege besser zu verknüpfen. Die Vertreter der Logistikwirtschaft unterstrichen die Dringlichkeit dieser Maßnahmen, wenn Österreich langfristig auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig bleiben will.

Branche vor tiefgreifenden Veränderungen

Monika Schuh, Geschäftsführerin des Infrastrukturausschusses der Industriellenvereinigung, und Alexander Friesz,

Präsident des Zentralverbands Spedition & Logistik, betonten in ihren Eröffnungs-Statements die zentrale Rolle der Logistik für den Wohlstand und die Versorgungssicherheit Österreichs. Der Sektor beschäftige über 250.000 Menschen und trage maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes bei. Österreichs Spitzenposition im Logistik-Index der Weltbank verdeutliche die Rolle der Branche, jedoch stünden angesichts globaler Herausforderungen wie Dekarbonisierung und Digitalisierung tiefgreifende Veränderungen bevor.

Sebastian Kummer, Vorstand des Instituts für Transportwirtschaft und Logistik an der WU Wien, definierte in seiner Keynote die wesentlichen Kriterien für einen zukunftsfähigen Logistikstandort Österreich.

Moderiert von Journalistin Hannelore Veit diskutierte anschließend ein Panel mit Alexander Friesz sowie Christoph Grasl, CCO der Rail Cargo Group, Wolfram Senger-Weiss, Vorsitzender der Geschäftsleitung Gebrüder Weiss, Peter Umundum, Vorstand der Österreichischen Post, ÖVP-Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger und Jakob Schwarz, Nationalratsabgeordneter der Grünen, zentrale Forderungen seitens der Wirtschaft und Industrie.



Deutlich wurde dabei, dass es ohne gezielte politische Mitwirkung nicht möglich sein wird, die ambitionierten Klimaziele der EU und Österreichs zu erreichen und gleichzeitig die heimische Logistikbranche wettbewerbsfähig zu halten. Die

Veranstaltung bot eine wichtige Plattform für den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft und verdeutlichte die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen, um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern.

Expertenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Industrie hat sich erfolgreich gegen Biogas-Gesetz eingesetzt

Das Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG) ist in der letzten regulären Nationalratssitzung vor der Wahl nicht wie ursprünglich geplant zur Abstimmung gekommen. Mit dem vorgelegten Entwurf wäre das Gesetz zu einer Kostenlawine geworden.

Die eindringlichen Warnungen der heimischen Industrie vor einem ineffizienten und teuren Biogas-Gesetz haben Wirkung gezeigt: Der aktuelle Entwurf konnte in letzter Sekunde gestoppt werden und kam nicht, wie ursprünglich geplant, in der letzten regulären Nationalratssitzung der auslaufenden Legislaturperiode zur Abstimmung. Die Industrie hatte im Vorfeld vor hohen Kostenbelastungen durch gesetzlich vorgeschriebene überhöhte Preisfestsetzungen für Biogas und damit negativen Auswirkungen auf Strompreise wie Inflation gewarnt. Im aktuellen Entwurf wäre das Gesetz zur Kostenlawine geworden. Das EGG wäre zudem zur absoluten Unzeit gekommen: Der produzierende Sektor befindet sich im dritten Jahr

der Rezession – die Belastung durch das EGG hätte besonders energieintensive Unternehmen stark getroffen.

Künstliche Preisfestsetzung

Grünes Gas kann und soll eine zentrale Rolle in der Transformation des Energiesystems spielen, aber nicht auf Basis eines ineffizienten Fördersystems, das den angebotsseitigen Wettbewerb de facto aushebelt: Im ersten Schritt sollte Gasversorgern im EGG vorgeschrieben werden, wie viel erneuerbares Gas jährlich an die Konsumenten verkauft werden muss; ohne Rücksicht darauf, ob die Menge auch tatsächlich in Österreich produziert werden kann oder zu welchen Preisen. Werden die Ziele nicht erreicht, drohen Strafzahlungen (sog. Ausgleichsbeitrag).

Durch gesetzliche Preisfestsetzungen würde so in den freien Markt eingegriffen und ein künstlicher Benchmark-Preis für Biogas von 125 Euro pro MWh festgelegt. Zum Vergleich: Erdgas kostet derzeit ca. 40 Euro pro MWh am CEGH. Die höheren Gaspreise hätten sich über die Merit-Order bekanntermaßen zudem in höheren Strompreisen niedergeschlagen und damit die Inflation zusätzlich angetrieben.

Marktorientierter Hochlauf klimaneutraler Gase für liquiden Markt

Ziel muss vielmehr sein, in der nächsten Legislaturperiode ein kosteneffizientes und wettbewerbsorientiertes Modell zum Hochlauf klimaneutraler Gase zu schaffen, das auch Importe miteinschließt, um einen möglichst liquiden Markt zu



Judith Obermayr-Schreiber, stv. IV-Bereichsleiterin Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie.

schaffen. Mitbedacht werden sollte zudem, dass es einige Industriezweige gibt, die selbst Biogas als Nebenprodukt in der Produktion erzeugen und dieses – effizienterweise – direkt am Standort auch selbst verwenden.

Ein Hinweis sei noch gestattet: Die Vorstellung, dass heimisches Biogas kurzfristig unsere Erdgasimporte ersetzen kann, ist illusorisch. Das EGG selbst geht beim Biogas-Hochlauf bis 2027 von einem Anteil von rund drei Prozent Biogas aus – damit wird sich russisches Gas wohl kaum in relevantem Ausmaß ersetzen lassen.

„Brauchen klares Bekenntnis zu Forschung und Innovation“

Thomas Henzinger, Vorsitzender des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (kurz FORWIT) fordert von der nächsten Bundesregierung, sich für eine Stärkung des EU-Forschungsrahmenprogramms einzusetzen.

FORWIT hat im Rahmen der Technology Talks Austria im September seine Empfehlungen an die künftige Bundesregierung präsentiert und veröffentlicht. Wo sehen Sie dringend Handlungsbedarf?

Thomas Henzinger: Grundsätzlich braucht es von der neuen Bundesregierung ein deutliches und klares Bekenntnis zu Forschung und Innovation – denn sie sind Garanten für Österreichs Sicherheit und Wohlstand. Das bedeutet auch, in den anstehenden Budgetverhandlungen zwischen Zukunftsinvestitionen und anderen Ausgaben zu unterscheiden. Außerdem wäre es ein wichtiges Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode eine Forschungsquote von vier Prozent zu erreichen.

Für die Zukunft Österreichs wird die Stellung Europas in der Welt zunehmend wichtiger. Welche Empfehlungen haben Sie für Österreich, damit das Land einen bestmöglichen Beitrag zu Europas Position

in der Welt beisteuern kann? Und welche Rolle spielt das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm FP10 dabei?

Es ist evident, dass Europa droht, hinter Nordamerika und Asien zurückzufallen, und die Mitgliedstaaten der EU müssen sehr große, auch koordinierte Anstrengungen unternehmen, um das zu verhindern. Das wichtigste supranationale Instrument dafür ist das Rahmenprogramm. Die neue Bundesregierung sollte sich daher für eine wesentliche Stärkung des Programms einsetzen. Das ist schon allein deshalb klug, weil wir innerhalb der EU im Forschungsbereich ein Nettoprofit sind.

Eine Empfehlung bezieht sich auf die Mobilisierung von privatem Kapital für Forschung und Innovation. Welche Maßnahmen sollten dafür in Österreich angegangen werden?

Die bisherige Bundesregierung hat hier wichtige Rahmenbedingungen geschaffen,

etwa bei den Möglichkeiten für gemeinnützige Stiftungen. Nun gilt es, diese Potenziale auch zu nutzen und weitere zu erschließen; etwa die Errichtung eines Dachfonds für Risikokapital – oder es Pensionsfonds zu ermöglichen, vermehrt in Forschung und Innovation zu investieren.

Künstliche Intelligenz als transformative Technologie des Jahrzehnts wird alle Bereiche des gesellschaftlichen und Arbeitslebens massiv verändern. Wie kann aus Sicht des FORWIT in diesem Bereich der notwendige Kompetenzaufbau gelingen?

Der FORWIT hat erst kürzlich gemeinsam mit dem Beirat für Künstliche Intelligenz eine Empfehlung veröffentlicht, die sich diesem großen Thema widmet. Darin schlagen wir u. a. eine nationale Kompetenzstelle für KI vor, die sowohl Unternehmen als

auch Schulen, Ämter und die Öffentlichkeit bei der Nutzung von KI durch modernste



ZUR PERSON

Prof. Thomas A. Henzinger, PhD ist Vorsitzender des FORWIT und war bis Ende 2022 erster Präsident des Institute of Science and Technology Austria (ISTA). Er ist Mitglied der US National Academy of Sciences, der American Academy of Arts and Sciences, der Royal Society, der Academia Europaea, der Leopoldina und der ÖAW. Seit 2023 ist er im Scientific Council des European Research Council.

Hardware, Services, Ausbildung und Expertise unterstützt. Außerdem sollten Rahmenbedingungen und Anreize geschaffen werden, die global agierende IT-Unternehmen dazu motivieren, in Österreich Forschungs- und Entwicklungshubs anzusiedeln – wie es etwa in Zürich und München erfolgreich vorgemacht wurde.

TECHNOLOGY TALKS: „TICKET IN DIE ZUKUNFT“ FÜR DIE INDUSTRIE

Beim Kick-off der diesmal in Wien über die Bühne gegangenen Technology Talks Austria mit über 800 Teilnehmern diskutierten renommierte internationale Speaker aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik intensiv über Herausforderungen und Chancen der „Triple Transition“.

„Technologien zu entwickeln und beherrschen ist für die Industrie das Ticket in die Zukunft“, so IV-Präsident Knill anlässlich der Technology Talks Austria, die heuer erstmals nach 40 Jahren in Wien stattfanden. Die Technology Talks stärken nicht nur die Vernetzung des FTI-Ökosystems, sondern haben auch eine wichtige Radarfunktion, internationale Entwicklungen und Initiativen frühzeitig zu beleuchten und strategisch aufzugreifen, um Österreich als Technologiestandort bestmöglich zu positionieren und zu stärken.



Von der IV wurde heuer wieder ein High Level Roundtable organisiert, wo sich Bundesministerin Gewessler, Bundesminister Kocher und Sektionschefin Barbara Weitgruber in Vertretung von Bundesminister Polaschek mit der Industrie austauschten. „Die kommenden Monate sind für die Ausrichtung des FTI-Standorts entscheidend. Zentrale FTI-politische Weichenstellungen sind mit dem

nächsten Regierungsprogramm zu setzen und die FTI-Budgets für die nächsten Jahre sind sicherzustellen“, so IV-Präsident Knill. Maßnahmen wie insbesondere die Stärkung der Forschungsprämie als Standort-USP, die Verankerung eines Forschungsquotenziels von mindestens 4 %, der Ausbau der Technologieoffensive zur Stärkung von Schlüsseltechnologien und Zukunftsfeldern sowie eine signifikante Steigerung der Budgets der FTI-Pakete um mindestens 10 % pro Jahr müssen umgesetzt werden. Auf EU-Ebene muss Österreich für ein starkes zehntes EU-Forschungsrahmenprogramm mit einem Gesamtbudget von mindestens 200 Mrd. Euro eintreten. Diese Forderungen wurden durch IV-Präsident Knill und die Vorsitzende des FTI-Ausschusses, Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, auch auf den Panels zur nationalen und europäischen FTI-Politik unterstrichen.

Beim diesjährigen vffi-Workshop, diesmal zur europäischen FTI-Politik, wurden die europäischen Forderungen zusätzlich untermauert. Dort diskutierte ein hochkarätiges Panel, unter anderem mit Georg List, Vice President Corporate Strategy AVL, und Sylvia Schwaag Serger, stellvertretende Vorsitzende des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung.



KI ALS BRÜCKE ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND INDUSTRIE

bigX 2024 bringt Wissenschaft und Wirtschaft an einen Tisch und stellt den Technologietransfer ins Zentrum.

Unter dem Titel „The Future of AI“ stand bigX 2024, organisiert vom Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung, ganz im Zeichen der neuesten Technologiedurchbrüche und aktuellen Trends von künstlicher Intelligenz und bot einen Blick auf die Zukunft der Technologie.

Vor rund 300 Gästen unterstrichen Speakerinnen und Speaker renommierter Institutionen wie dem MIT, Oxford oder ISTA und Expertinnen und Experten aus der Industrie die enorme Bedeutung des interdisziplinären Austauschs zwischen exzellenter Wissenschaft und Wirtschaft. Neben der Vorstellung der aktuellen ISTA-Forschung zu KI-Modellen lag ein Fokus auf ethischen und regulatorischen Aspekten sowie der konkreten Anwendung der Technologie. Zur Integration von KI in die Life Sciences und deren

Potenzial für zukünftige Innovationen im Pharma- und Biotech-Bereich diskutierten Alicia Michael (ISTA), Carmen Visus (AOP Health), Troy Dale (Novartis) und Michael Bronstein (Oxford). Letzterer ist Gründungsdirektor des Instituts für Künstliche Intelligenz in der Biomedizin mit dem Namen AIETHYRA, das von ÖAW und der Boehringer Ingelheim Stiftung tags zuvor ins Leben gerufen wurde.



WEBTIPP

Weiterführende Informationen:
www.bigx.at/2024-recap

ANWÄLTIN DES STANDORTS

Die Wahl ist geschlagen, nun ist es Zeit für einen Realitätscheck. Österreich ist im zweiten Jahr einer konjunkturellen und strukturellen Rezession – auf die nächste Bundesregierung warten große Aufgaben.

Die Nationalratswahl in Österreich ist geschlagen. Nachdem in den Wahlprogrammen von Krisenstimmung wenig zu spüren war, ist es nun Zeit für einen Realitätscheck: Österreich befindet sich inmitten des zweiten Rezessionsjahrs, und für die Industrie geht es sogar bereits in das dritte Krisenjahr. In ihren aktuellen Herbstprognosen revidieren das IHS und das Wifo ihre Prognose für das heurige Jahr von einer schwarzen Null auf ein deutliches Minus von über einem halben Prozent, zugleich werden beide Institute beim Ausblick auf das kommende Jahr noch vorsichtiger: Mehr als ein realer BIP-Zuwachs von einem mageren Prozent ist nicht zu erwarten.

Gleichzeitig sind durch die Unterstützungsmaßnahmen im Kontext der Krisen der vergangenen Jahre die Staatsschulden auf einen neuen Rekordstand geklettert. Im zweiten Quartal 2024 lagen sie laut Statistik Austria bei 394,8 Milliarden Euro. Im Vergleich zum vierten Quartal 2023 ist das ein Anstieg um 23,1 Milliarden Euro. Die Schuldenquote, das Verhältnis der Staatsschulden zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), stieg im zweiten Quartal 2024 auf 78,7 Prozent – von der Maastricht-Vorgabe von höchstens 60 Prozent ist Österreich weit entfernt. In den krisengeprägten Jahren seit Ende 2019 bis Ende 2023 stiegen die öffentlichen Schulden des Gesamtstaats um 90,8 Milliarden Euro oder 32,3 Prozent auf 371,7 Milliarden Euro (78,6 % des BIP). „Zur Einhaltung der europäischen Fiskalregeln ist es notwendig, Maßnahmen zur Reduzierung der Schulden zu setzen. Die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen darf nicht zugunsten kurzfristiger budgetbelastender Maßnahmen gefährdet werden. Das ist eine große Verantwortung für die Zukunft, denn auch die nächste Generation braucht einen finanziellen Spielraum“, sagte Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker anlässlich der Präsentation des Bundesrechnungsabschlusses 2023 Mitte des Jahres.

Im Zentrum der Regierungsverhandlungen müssen also aus Sicht der Industriellenvereinigung zwei Dinge stehen: Maßnahmen, die möglichst rasch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, um Österreich den Weg aus der Rezession zu ebnet. Zugleich braucht es strukturelle Reformen, um das Budget zu sanieren. „Weder werden wir die Wirtschaft mit der Hilfs-Gießkanne wieder zum Sprießen bringen noch Budgetlöcher mit neuen Steuerfantasien stopfen. Dieser Art von Politik wurde bei der Nationalratswahl eine Absage erteilt“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Strukturelle Krise

Bei der wirtschaftlichen Abwärtsspirale, in der sich Österreich befindet, handelt es sich um ein Tandem aus konjunktureller und struktureller Rezession. „Während von den konjunkturellen Faktoren im kommenden Jahr ein leicht positiver Einfluss auf die wirtschaftliche Dynamik ausgehen wird, ist bei den strukturellen Faktoren derzeit nicht einmal ein Silberstreif der Besserung am Horizont zu entdecken“, bringt IV-Chefökonom Christian Helmenstein das Problem auf den Punkt. Bei den konjunkturellen

Faktoren werden die Zinssenkungen ebenso wie das Baupaket insbesondere in der Bauwirtschaft zu wirken beginnen, die hohen Reallohnzuwächse werden sich konsumstärkend bemerkbar machen und der Lagerabbau kommt zu seinem Ende. Letzteres hat zur Folge, dass nun wieder verstärkt nachproduziert werden muss, was den leeren Lagern nicht mehr entnommen werden kann.

Bei den strukturellen Faktoren sind es jedoch nicht primär exogene Schocks aus Großkrisen medizinischer und geopolitischer Natur, welche die Wirtschaft hemmen, sondern größtenteils hausgemachte Nachteile, die die Chancen heimischer Unternehmen mindern, am globalen Wachstum teilzuhaben. Dabei fällt dieses mit rund drei Prozent in diesem und im kommenden Jahr gar nicht einmal schwach aus. Den anhaltenden Marktanteilsverlusten der österreichischen exportorientierten Wirtschaft muss sich die kommende Bundesregierung dringend stellen. Dazu braucht es ein starkes Standortministerium, Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Pensionen sowie Entlastungen bei Arbeitskosten, Energie- und Bürokratiekosten.

Weniger Investitionen

Im Jahr 2021 gab es – angeschoben durch die Investitionsprämie – noch ein starkes Investitionsgeschehen. Seither ging es bergab, vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Bauinvestitionen. Heimische Unternehmen investieren zudem häufiger an Standorten im Ausland, wo die Rahmenbedingungen dafür besser sind, während umgekehrt weniger ausländisches Kapital in den Standort Österreich fließt. Zwischen 2019 und 2023 lagen die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland bei 41 Milliarden Euro, während ausländische Unternehmen in Österreich nur 25,3 Milliarden Euro investiert haben. Das hat Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation.

Wie ist Österreich in diese schwierige Lage geraten? Es ist vor allem das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ des Standorts Österreich, das zur dramatischen Erosion der Standortattraktivität Österreichs geführt hat. Und bis dato ist keine Besserung in Sicht: Hohe Lohnabschlüsse lassen die Lohnstückkosten laut Oesterreichischer Nationalbank von 2023 bis 2026 um durchschnittlich 5,7 Prozent pro Jahr steigen – das sind um 2,1 Prozentpunkte mehr als im Euroraum. Gleichzeitig haben die bürokratischen Belastungen enorm zugenommen, was von den Unternehmen als Investitionshemmnis wahrgenommen wird. Vieles davon wird auf EU-Ebene entschieden – in der nationalen Umsetzung aber mitunter noch übererfüllt, was die Problematik weiter verschärft.

Strukturelle Reformen

Trotz des Krisenmodus der vergangenen Jahre sind der letzten Bundesregierung einzelne Strukturreformen gelungen. So hat die teilweise Abschaffung der kalten Progression 2023/24 eine Entlastung im Gesamtvolumen von 1,95 Milliarden Euro gebracht. „Mit der Abschaffung der kalten Progression und den daraus

folgenden Anpassungen der Steuerstufen kommen die Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Dadurch wird Arbeit attraktiver und Leistung fairer belohnt“, sagt Neumayer. Weiterhin offen, aber dringend notwendig sind jedoch Reformen des Abgaben- und Pensionssystems, um Arbeitsanreize zu setzen und Leistung zu belohnen. Angesichts der stark gestiegenen Budgetbelastung durch das Pensionssystem muss der längere Verbleib älterer Menschen im Erwerbsleben attraktiver werden und die gestiegene Lebenserwartung im System abgebildet werden.

Auch eine Arbeitsmarktreform wird bei der nächsten Bundesregierung weit oben auf der Agenda stehen müssen, um dem anhaltenden Fachkräftemangel zu begegnen – neben Arbeitsanreizen hat damit aus Sicht der Industriellenvereinigung auch eine Reform des Arbeitslosengeldes einherzugehen. Hinzu kommt: Ohne qualifizierte Zuwanderung wird Österreich den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel kaum mindern können.

Abgabenquote senken

Bereits die Debatte über neue Steuerideen schadet dem Wirtschaftsstandort. Österreich ist schon jetzt mit 43,6 Prozent Abgabenquote – das sind Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP – in der (negativen) Weltspitze. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine hohe Abgabenquote keine notwendige Bedingung für einen gut ausgebauten Sozialstaat ist: In Island liegt die Abgabenquote bei 36 Prozent, in den Niederlanden bei 39 Prozent und in der Schweiz bei 27 Prozent. Eine schrittweise Senkung dieser Quote auf höchstens 40 Prozent in Österreich ist eine notwendige Entlastungsmaßnahme. Die Lohnnebenkosten müssen zumindest auf das Niveau Deutschlands gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen zu stärken – in Österreich betragen die indirekten Arbeitskosten der Arbeitgeber in den Sektoren Industrie, Bauwesen und Dienstleistungen 2022 26,6 Prozent der Arbeitskosten, während sie in Deutschland bei 23,3 Prozent lagen.

Gleichzeitig wird demnächst auch die nächste EU-Kommission die Arbeit aufnehmen. Auf dieser Ebene braucht es aus Sicht der Industrie die Umsetzung eines ehrgeizigen „New European Competitiveness Deal“, die Ergänzung des „Green Deal“ durch eine Industriestrategie, eine ambitionierte Handelsagenda und unbedingt den bereits angekündigten, aber unterambitionierten Bürokratieabbau.

„Nur mit mutigen und ehrgeizigen Schritten wird es uns gelingen, Österreich wieder auf einen Wachstumspfad zu führen. Wirtschafts- und strukturpolitischen Stillstand oder gar standortschädliche Maßnahmen kann sich Österreich in der aktuellen Situation nicht leisten. Die Industriellenvereinigung wird auch in der bevorstehenden Legislaturperiode stets auf die notwendigen Maßnahmen für den Standort Österreich und Europa hinweisen und auch der neuen Bundesregierung stets als starke Partnerin und unabhängige Anwältin des Standorts zur Verfügung stehen“, sagt IV-Generalsekretär Neumayer.

Tag der Industrie 2024 im Zeichen der „Weichenstellung“



Am Tag der Industrie 2024 stand die Zukunft des Industriestandorts Österreich im Fokus. Mehr als 500 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft waren im Haus der Industrie zu Gast.

Unter dem Motto „Weichenstellung für Österreich – Fahrplan der Industrie“ betonte IV-Präsident Georg Knill: „Die nächste Bundesregierung steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Wir brauchen mutige und entschlossene Entscheidungen. Es geht darum, ob wir es als Land gemeinsam schaffen, den Kurs zu ändern und die notwendigen Reformen anzugehen, um Österreich zukunftsfähig zu machen. Das österreichische Erfolgsmodell steht zur Disposition.“



IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler (l.) und Wirtschaftsminister Martin Kocher.



IV-Vizepräsidentin Patricia Neumann stellte in ihrer Rede die Notwendigkeit eines entschlossenen Bürokratieabbaus in den Mittelpunkt: „Unternehmen sind zunehmend überfordert von einer Flut an Berichtspflichten und Regelungen. Allein im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich hat die Europäische Union in den letzten Jahren 850 neue Regelungen erlassen – das sind mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften, die unsere Unternehmen umsetzen müssen“, unterstrich sie mit Blick auf die vergangenen Jahre.



IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka betonte die Bedeutung von Innovation und Unternehmertum: „Wer Innovation will, darf nicht im Mittelmaß verharren“, sagte sie und führte weiter aus, dass Mut, Eigenverantwortung und Gestaltungskraft das Fundament unserer Entscheidungen, unseres Handelns und letztlich unseres Erfolgs seien. Es sei wichtig, Innovation, Wirtschaft und Industrie enger zu verknüpfen, um die Weichen auf die Zukunft zu stellen.

IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer hob die Bedeutung der Exportwirtschaft hervor: „Der Motor unserer Wirtschaft stottert, und das liegt nicht daran, dass wir plötzlich die Fähigkeit verloren haben, gute Produkte zu entwickeln. Ganz im Gegenteil: Unsere Unternehmen zählen zur Spitzenklasse, die Qualität der Produktion sucht ihresgleichen und unsere Fachkräfte sind top ausgebildet.“ Doch Mitterbauer warnte, dass die steigenden Kosten Österreich in die Enge treiben: „Besonders die stark gestiegenen Lohnstückkosten machen es zunehmend unmöglich, unsere Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten – wir vergleichen uns nicht mit Konkurrenten um die Ecke, sondern weltweit.“



WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf (re. Foto); IV-Generalsekretär Christoph Neumayer (Foto unten).



V.l.n.r.: Stefan Kirchebner (Garde), die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren, IV-Präsident Georg Knill, Gesundheitsminister Johannes Rauch.



„MINT-Girls Challenge“ geht in die nächste Runde

Der bundesweite Wettbewerb „MINT-Girls Challenge“ begeistert Mädchen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Bis 23. Februar 2025 können wieder innovative Ideen eingereicht werden.

Am 5. September gaben Frauenministerin Susanne Raab, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher sowie IV-Generalsekretär Christoph Neumayer bereits zum vierten Mal den Startschuss für die österreichweite „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll bei Mädchen und jungen Frauen das Interesse für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) wecken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Warum die „MINT-Girls Challenge“ so wichtig ist

Drei von vier Industrieunternehmen kämpfen seit vielen Jahren mit Personalproblemen im MINT-Bereich; und auch in der Rezeption bleibt die Personalsuche nach MINT-Talenten eine Herausforderung. Gleichzeitig wird aber nur knapp ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt. Da sich die Situation nur langsam verbessert (Wachstum Frauenanteil in zehn Jahren von 20% auf 23%), wurde von BMAW, BKA und Industriellenvereinigung vor drei Jahren die „MINT-Girls Challenge“ gestartet.

Mit MINT die Probleme unserer Zeit lösen

Unter dem diesjährigen Motto „Let's do change“ werden Mädchen eingeladen, innovative MINT-Ideen zu entwickeln, die die Welt nachhaltiger, lebenswerter und zukunftsfitter machen. Umgesetzt werden können diese Lösungen zum Beispiel als Video, Text oder als Werkstück. Auf



IV-Generalsekretär Neumayer, Wirtschaftsminister Kocher und Frauenministerin Raab mit jungen MINT-Talenten.

die Gewinnerinnen warten attraktive Sachpreise und aufregende MINT-Erlebnisse von führenden österreichischen Technologieunternehmen. „Wer schon in jungen Jahren Fragen stellt, sich dafür interessiert, wie die Welt um uns herum funktioniert, die oder der kann

im MINT-Bereich schon morgen Karriere machen und gleichzeitig mithelfen, die Welt zu verbessern. Wir wollen ganz besonders Mädchen motivieren, hierbei mitzuwirken“, bringt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer den Kern der „MINT-Girls Challenge“ auf den Punkt.

MINT-GIRLS CHALLENGE

- Einreichschluss: 23. Februar 2025
- Infos und Einreichung: www.mintgirlschallenge.at
- Zielgruppe: Mädchen und junge Frauen von 4–19 Jahren
- Ziel: Einreichung einer MINT-Idee, die auf ein SDG (Sustainable Development Goal) abzielt

Bildung: Hohe Investitionen, dennoch Verbesserungsbedarf

Die OECD hat das Bildungssystem Österreichs unter die Lupe genommen. Insbesondere in der frühkindlichen Bildung gibt es Nachholbedarf. Die Industriellenvereinigung hat Lösungsvorschläge.

Die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt bildungspolitische Weichenstellungen für einen attraktiven Bildungs- und Wirtschaftsstandort auf. Heuer lag der Schwerpunkt insbesondere auf Bildungsinvestitionen, Bildungsverläufen sowie Lehrkräften und dem Lehrumfeld.

Zentrale Erkenntnisse für Österreich

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung variiert in Österreich stark nach Region und sozialökonomischem Hintergrund der Familien – obwohl sie den besten Start in erfolgreiche Bildungskarrieren ermöglicht.

Zwar sind die Investitionen in den Bildungsbereich insgesamt hoch, doch auf den zweiten Blick lässt sich erkennen,

dass die frühkindliche Bildung ein vergleichsweise kleines Stück des Budgetkuchens erhält – trotz klarer Evidenz, dass sich Investitionen in den Kindergarten volkswirtschaftlich mindestens achtfach rentieren.

Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 29, die sich weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit befinden, ist in Österreich seit 2016 nicht gesunken. Sie liegt weiterhin bei 12% – trotz Einführung der Ausbildungspflicht bis 18.

Der Lehrkräftemangel ist in ganz Europa ein drängendes Problem. Auch in Österreich stellen die Überalterung der Lehrkräfte und die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten eine große Herausforderung für das Bildungssystem dar. Bis 2030 gehen in Österreich 125.000 Lehrpersonen in Pension.

Aus aktueller Sicht entsteht dadurch eine Lücke von 20.000 Lehrpersonen.

Lösungsvorschläge

Die IV hat zielgerichtete Lösungsvorschläge, um diesen Missständen im österreichischen Bildungssystem entgegenzutreten:

In der Elementarbildung wird die Basis für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt. Darüber hinaus werden soziale Kompetenzen und Sprachfähigkeiten entwickelt. Die IV tritt daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ein.

Kinderbildung und -betreuung muss in Österreich ab dem ersten Lebensjahr garantiert werden und mit Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile vereinbar sein. Dafür braucht es künftig einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Gemeinden.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind fundamentale Kompetenzen. Dementsprechend muss die Vermittlung dieser Grundkenntnisse im Rahmen einer Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe im Zentrum stehen. Durch die Entwicklung eines Stärkenportfolios über diesen Zeitraum sollen die Schülerinnen und Schüler zudem über sich selbst, ihre Stärken und Talente besser Bescheid wissen und basierend darauf die richtige Bildungs- bzw. Berufswahl treffen.

Es braucht ein klares Berufs- und Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen, um das professionelle Rollenverständnis und Selbstverständnis der Lehrkräfte zu stärken. Ein solches Leitbild würde die Rolle der Pädagoginnen und Pädagogen künftig aufwerten und für Studieninteressentinnen und -interessenten Orientierung bieten.

Bundestagung der Jungen Industrie

Unter dem Motto „Feuer am DACH – wie schaffen wir den Turnaround?“ drehte sich alles um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren war Vorarlberg wieder Gastgeber der Bundestagung der Jungen Industrie: Von 3. bis 5. Oktober 2024 trafen sich rund 120 Mitglieder der JI aus allen Bundesländern, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Zukunftsperspektiven für die Industrie zu diskutieren.

Einmaliger Auftakt in der Johanniterkirche

Der Auftakt der Bundestagung fand in der Feldkircher Johanniterkirche statt, die zum ersten und wohl einzigen Mal für eine Veranstaltung dieser Art geöffnet wurde.

„Gerade wegen der herausfordernden Zeiten ist es unsere Aufgabe als Junge Industrie, positiv in die Zukunft zu blicken und konsequent bei unseren Themen und Forderungen zu bleiben“, eröffnete Bundesvorsitzende Julia Aichhorn die Bundestagung mit ihrer Rede. Die anschließende Keynote von Franz Schellhorn, Leiter der Denkfabrik Agenda Aus-



Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Unternehmer aus dem DACH-Raum zu aktuellen Herausforderungen in der Industrie.

tria, schlug in dieselbe Kerbe. Darin stellte er drei Forderungen an die künftige Bundesregierung, um Österreich wieder wettbewerbsfähig zu machen: „Erstens braucht es eine Ausgabenbremse wie in der Schweiz, um den Reformdruck zu erhöhen. Zweitens muss die Politik aufhören, Teilzeit steuerlich zu subventionieren. Drittens braucht Österreich eine Schulreform“, so Schellhorn.

Was andere Länder besser machen, versuchte die Moderatorin des Abends, Anna Hilti (Vorsitzende JI-Vorarlberg), in der folgenden Podiumsdiskussion mit Franz Schellhorn, Julia Aichhorn, Fabian Frick (CEO Hoval und Vizepräsident Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer), Stefan Aichbaur (H&Z Management Consulting, München) und Fabian Pernstich (Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell) zu erarbeiten. Die Referenten aus dem DACH-LI-Raum beleuchteten die Stärken und Schwächen ihrer Länder und veranschaulichten, was diese jeweils voneinander lernen können. Grundtenor war, dass die Überregulierung auf nationaler und EU-Ebene zunehmend zum Problem wird – auch in der Schweiz und in Liechtenstein.

„Amerika innoviert, China imitiert und Europa reguliert“ – leider hat diese Überspitzung einen wahren Kern und die Politik muss alles daran setzen, dass uns Amerika und China nicht noch weiter abhängen“ – mit diesen Schlussworten beendete Anna Hilti die Diskussion und lud die Mitglieder zum anschließenden Diskutieren und Netzwerken ein.

Abwechslungsreiches Programm mit Betriebsbesichtigungen und Diskussionen

Der zweite Tag der Bundestagung führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu spannenden Betriebs-



Der abschließende Ausflug zum Lünensee wurde von Schneefall begleitet.



Bundesvorsitzende Julia Aichhorn bei ihrer Eröffnungsrede.

besichtigungen bei Rondo Ganahl, 11er und Hirschmann Automotive, wo die düstere wirtschaftliche Großwetterlage ebenso thematisiert wurde. Alle Betriebe beklagen ähnliches Leid: zu viel Bürokratie, hohe Lohnnebenkosten, viel zu große Steuerbelastung. Zudem brauche es seitens der Politik unbedingt Anreize, um Leute wieder in Vollzeitbeschäftigung zu bringen – zurzeit sei Teilzeit für Mitarbeiter weitaus attraktiver, was sich ändern müsse.

Nach den Besichtigungen diskutierte die Junge Industrie im beeindruckenden Peterhof in Furx weiter mit Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg, sowie den Architekten des renommierten Architekturbüros Baumschlager Eberle



Eröffnungsabend in der Johanniterkirche.

über aktuelle Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Österreich. Hartmann ging unter anderem auf die Lohnstückkosten ein, die in Europa nach Luxemburg am zweithöchsten gestiegen sind – um fast 35 Prozent seit 2019. „Die Produktivitätssteigerung kann damit unmöglich mithalten. Die Folge ist, dass wir uns aus allen Märkten preisen, Betriebe abwandern und die Arbeitslosigkeit steigen wird“, so Hartmann.

Das Resümee der Tagung wurde am dritten Tag beim malerischen Lünensee gezogen: Begleitet von Schneefall und einer traditionellen Brettljause diskutierten die Mitglieder ein letztes Mal, bevor alle die Heimreise antraten.

Positive Bilanz und Ausblick

Die Bundestagung der Jungen Industrie 2024 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Austausch und Vernetzung in der jungen Industrielandschaft sind. „Wir freuen uns sehr über das große Interesse und die spannenden Gespräche, die wir in den drei Tagen führen konnten“, resümiert Anna Hilti. „Es ist wichtig, die Zukunft der DACH-Region gemeinsam zu gestalten und Strategien zu entwickeln, um den Herausforderungen der Deindustrialisierung zu begegnen.“



ÖSTERREICH VS. ZUKUNFT

Wer führt die Mannschaft an? Und wer wird am Ende gewinnen?

Österreich hat gewählt. Und zwar historisch. Noch nie war eine FPÖ auf Platz eins oder eine Sozialdemokratie auf Platz drei. Auch die ÖVP kann sich bei Weitem nicht über den zweiten Platz freuen, denn auch sie hat etwas mehr als elf Prozentpunkte verloren. Eine stabile Regierung zu bilden wird eine große Herausforderung – aber mindestens so wichtig ist die Botschaft des Wahlergebnisses: Die Menschen haben genug vom bisherigen Kurs. Sie sind unzufrieden mit der Politik und dem System der letzten Jahre.

Unsere Bürokratie wächst unaufhaltsam, und als Unternehmer steht man vor immer größeren Herausforderungen. Wir kämpfen mit steigenden Lohnkosten und schwindender Wettbewerbsfähigkeit, während die Politik eine „Vollkasko-Mentalität“ etabliert hat: Der Staat übernimmt für alles die Verantwortung und verteilt, als gäbe es unbegrenzt Ressourcen. Dieses „Geld wächst auf Bäumen“-Denken hat sich tief in die Gesellschaft eingegraben. Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass Wohlstand erarbeitet werden muss – in der Bevölkerung ebenso wie in der Politik.

Doch wir stehen am Scheideweg. Nach drei Jahren Rezession und alarmierenden Budgetdefiziten sind wir gezwungen, die Prioritäten neu zu setzen. Die Staatsfinanzen sind angeschlagen und der finanzielle Spielraum wird enger. Es reicht nicht mehr, sich von Wahl zu Wahl mit kurzfristigen Lösungen zu retten. Österreich braucht jetzt eine klare Vision, wohin die Reise gehen soll. Wollen wir ein Land sein, das langfristig wettbewerbsfähig und innovativ bleibt? Oder setzen wir weiterhin auf ein Sozialsystem, das von immer weniger Menschen getragen werden kann?

Es ist Zeit, wieder mehr Eigenverantwortung ins Zentrum zu rücken. Die Menschen müssen verstehen, dass der Staat nicht für alles aufkommen kann. Unsere Aufgabe als Junge Industrie ist es, den Fokus auf nachhaltige Lösungen zu lenken. Wir fordern Einsparungen im Pensionssystem, eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung und verstärkte Investitionen in Bildung und MINT-Fächer. Nur so schaffen wir es, die Grundlage für eine starke Wirtschaft und eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zu legen.

Es braucht klare Visionen für die Zukunft: Was soll Österreich in zehn, 20 Jahren sein? Ein Land, das Eigenverantwortung und Innovation fördert, oder eines, das im Stillstand verharrt und von kurzfristigen Geschenken abhängig ist? Österreich muss sich entscheiden – und es ist Zeit für eine klare Richtung.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Erfolgreicher Austausch und neue Impulse bei der Jungen Industrie NÖ/Bgld

Das erste Halbjahr 2024 war geprägt von intensiver Vernetzung und Zusammenarbeit.

Die rund 100 Mitglieder der Jungen Industrie Niederösterreich/Burgenland (JI NÖ/Bgld.) nutzten im ersten Halbjahr 2024 zahlreiche Veranstaltungen, um sich regelmäßig mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern auszutauschen. Dabei konnten sie die Vielfalt und das breite Spektrum des österreichischen IV-Industrienetzwerks erleben.

Besonders die Online-Vortragsreihe „Talk about EU“, die vor der EU-Wahl im Juni stattfand, stieß auf großes Interesse. Hier lag der Fokus auf der Industriepolitik der Europäischen Union. „Wir wollten unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, sich vor der Wahl umfassend über die neuesten Entwicklungen in Brüssel zu informieren“, erklärten die JI NÖ/Bgld.-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer

und Steven Blaha. Die Experten vom Büro der IV in Brüssel sowie Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, analysierten gemeinsam mit den Teilnehmern die potenziellen Szenarien für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den kommenden Jahren und beantworteten die Fragen der Teilnehmer ausführlich.

Vielfältiges Programm

Im Rahmen einer Betriebsbesichtigung bei der OK Energie Haus GmbH im Burgenland, organisiert in Kooperation mit der JI-Steiermark, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblicke in innovative Bauprozesse gewinnen. Eine Besichtigung des Unternehmens Sunpor GmbH fand unter dem JI NÖ/Bgld.-Schwerpunkt „VerANTWORTung finden“ statt. Nach einer fesselnden Führung durch das hochautomatisierte Werk wurde an einem Round Table gemeinsam

mit Geschäftsführer Roman Eberstaller und Startup-Gründer Felix Ambros über die Verantwortung der Politik und der Industrie beim Thema Kreislaufwirtschaft diskutiert. „Wir wollen über zukünftige Herausforderungen offen sprechen, aber dabei auch Antworten auf diese Challenges finden“, erklärten die Co-Vorsitzenden Glocknitzer und Blaha unisono.

Zudem organisierte die JI NÖ/Bgld. einen Onlinevortrag von Malcolm Werchota von werchota.ai, der praktische Beispiele für den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Büroalltag vorstellte. Dazu waren auch die Mitglieder der JI-Wien sowie der JI-Vorarlberg eingeladen. „KI ist nicht nur ein Zukunftsthema, sondern bereits jetzt ein Werkzeug im Arbeitsalltag“, erläuterte JI NÖ/Bgld.-Geschäftsführer Zeno Montecuccoli. Aus diesem Grund wird sich die JI auch weiter intensiv mit dem Thema be-

schäftigen und KI als Wettbewerbsfaktor auch in Zukunft in der Programmgestaltung berücksichtigen.

Gemeinsame Erlebnisse

Jedes Jahr aufs Neue ein Highlight ist die Alpakawanderung, die heuer am 5. Juli im Industrieviertel stattfand. An diesem Event nahmen Mitglieder gemeinsam mit ihren Familien und Kindern teil. „Zum Netzwerk der Jungen Industrie gehören natürlich auch die Familien der Mitglieder. Die Alpakas sind jedes Jahr ein Highlight für Groß und Klein“, so Montecuccoli. Im Herbst 2024 stehen weitere Veranstaltungen auf dem Programm, darunter das JI Summer Closing gemeinsam mit der JI-Wien und die JI-Bundestagung in Feldkirch. Für den Winter ist neben einer Betriebsbesichtigung mit Young VOEB auch das nächste JI-Skiwochenende in Niederösterreich in Planung.



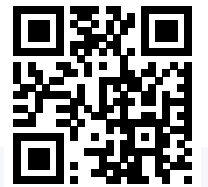
Der Vorstand der Jungen Industrie NÖ/Bgld.



Alpakawanderung in Niederösterreich mit Mitgliedern und deren Familien.



Teilnehmer der Betriebsbesichtigung bei der Sunpor GmbH mit GF Roman Eberstaller.



WEBTIPP

Wenn Sie Interesse haben, Mitglied zu werden, oder jemanden kennen, der gut in das Netzwerk der JI NÖ/Bgld. passen würde, besuchen Sie uns auf www.jungeindustrie.at!

Wann kommt die neue Brücke?

Eine wichtige Verbindung zwischen Ober- und Niederösterreich könnte bald stillgelegt werden – ein mahndendes Beispiel für lange Verfahren und Bürokratie, die Fortschritt blockiert und den Standort gefährdet.

Der Bau der neuen Brücke von Mauthausen, eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in Ober- und Niederösterreich, ist erneut ins Stocken geraten. Nachdem das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren (UVP) beansprucht wurde, liegt das Vorhaben nun beim Bundesverwaltungsgericht und steht somit wieder still.

Dieses Projekt, das bereits 2015 von den damaligen Landeshauptleuten Pröll und Pühringer initiiert wurde, sollte eigentlich dringend vorangetrieben werden, um die Region wirtschaftlich zu stärken. Fast neun Jahre nach dem Start gibt es jedoch kaum Fortschritte und die alte Brücke muss spätestens 2028 gesperrt werden.

Die Blockade des Brückenprojekts ist gravierend. Ohne eine neue Donau-Überfahrt drohen massive Nachteile für den länderübergreifenden Wirtschaftsstandort. Längere Umwege führen nicht nur zu höheren Kosten und Belastungen für die ansässigen Menschen, sondern auch zu negativen Umweltauswirkungen, da unnötige Strecken mehr Emissionen verursachen. Die Verzögerung des Baus gefährdet Arbeitsplätze

und beeinträchtigt die Lebensqualität der Bevölkerung in der Region erheblich. Eine leistungsfähige und verlässliche Infrastruktur ist das Fundament für den Wohlstand der Menschen und den wirtschaftlichen Erfolg der Region.

Das Projekt ist ein Beispiel für die wichtige Zusammenarbeit zwischen Oberösterreich und Niederösterreich und könnte als Best-Practice-Modell für interregionale

Kooperation dienen. Doch gleichzeitig zeigt es auf, wie schädlich langwierige Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität sein können. Wie auch die IV betont, ist der Ausbau der Infrastruktur von entscheidender Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und nachhaltige Entwicklungen zu fördern. Nur durch schnellere Verfahren und eine effiziente Umsetzung solcher Projekte

kann die Region ihre volle wirtschaftliche Stärke entfalten; nur so können die Bundesländer gemeinsam profitieren.

INFORMATION

2015 – Landeshauptleute Pröll und Pühringer fixieren Neubau der Brücke (Kostenprognose: 60 Mio. €).

2017 – Präsentation: Neue Brücke soll donauabwärts gebaut werden und danach die bestehende Brücke saniert werden.

2018 – Start Vorprojekt; Kosten haben sich mehr als verdoppelt (Kostenprognose: 125 Mio. €).

2020 – Die beste Variante wird fixiert, geplante Fertigstellung 2027 (Kostenprognose: 137 Mio. €).

2022 – Einreichung UVP-Verfahren (Kostenprognose: 168 Mio. €).

2024 – Positiver UVP-Bescheid ausgestellt (Kostenprognose: 230 Mio. €).

2024 – Beschwerden über UVP-Bescheid und Stopp aller Tätigkeiten (Kosten und Fertigstellung aktuell nicht abschätzbar).





SOMMERAUSKLANG IM ZEICHEN DER NATIONALRATSWAHL

Der sehr gut besuchte Industrie-Empfang Mitte September zeigte erneut die Bedeutung der Vernetzung und des Dialogs, gerade in Zeiten politischer Weichenstellungen.

Unser kürzlich über die Bühne gegangener Sommerausklang auf Schloss Luberegg war ein voller Erfolg. Trotz der schlechten Wetterbedingungen und des strömenden Regens zog die Veranstaltung rund 600 Gäste an, darunter Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien – allen voran unsere sehr geehrte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundesministerin Karoline Edtstadler; ein klares Zeichen für die Bedeutung der niederösterreichischen Industrie. Mein Dank geht an alle, die an diesem gelungenen Abend teilnahmen und dazu beigetragen haben.

Die Veranstaltung war klarerweise vom Wahlkampf für die damals nahende Nationalratswahl geprägt. Als Präsident der

IV-Niederösterreich ist mir der Austausch mit ALLEN im niederösterreichischen Landtag bzw. im Parlament vertretenen Parteien ein wichtiges Anliegen – denn nur durch eine offene und konstruktive Kommunikation können wir als IV die Interessen unserer Betriebe konsequent vertreten und gemeinsam etwas bewegen.

Fokus auf industrielle Herausforderungen

Unantastbar ist unsere politische Unabhängigkeit als Interessenvertretung. Doch wenn es um den Produktionsstandort geht, können wir niemals neutral sein. Die dringend notwendige Reduktion der Lohnstückkosten auf ein

konkurrenzfähiges Niveau, die Entlastung der Betriebe, die Schaffung fairer Rahmenbedingungen, um am Weltmarkt mithalten zu können, der Abbau unnötiger Bürokratie oder dass sich Leistung in diesem Land wieder lohnen muss, sind für uns nicht verhandelbar. Wichtiger als die Analyse von Wählerströmen, Wahlgewinnen oder -verlusten ist es, den Fokus unverzüglich auf diese industriepolitischen Herausforderungen zu legen. Wir benötigen rasch eine neue, handlungsfähige Regierung, die den Industrie- und Wirtschaftsstandort zur obersten Priorität macht. Gerade in der jetzigen Phase geopolitischer Unsicherheiten und technologischer Umbrüche brauchen Unternehmen Planungssicherheit. Was Österreich entbehren kann, sind parteipolitische Grabenkämpfe, die wertvolle Zeit und Ressourcen verschwenden.

Sieben konkrete Maßnahmen für den Standort

Die IV-NÖ fordert von der Politik und der künftigen Bundesregierung die Umsetzung folgender Punkte: die Schaffung von Anreizen zum steuerfreien

Mehrarbeiten, die massive Senkung der Lohnnebenkosten, Entbürokratisierung, die Einführung einer Lehrlings-Ausbildungsprämie, die Erhöhung der Forschungsprämie, die Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 sowie die Wiedereinführung eines Investitionsfreibetrags für Investitionen in die grüne und digitale Transformation.

Die Industrieunternehmen in Niederösterreich sind die Basis für die Wertschöpfung, die Beschäftigung, die Lebensqualität und den Wohlstand im Land – eine Tatsache, die parteiübergreifend anerkannt wird. Deswegen möchte ich mich ausdrücklich bei allen politischen Kräften bedanken, die sich gemeinsam mit uns für die Erhaltung und die Stärkung des Standorts einsetzen.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

Delegationsreise der IV-NÖ in die Ukraine

Niederösterreichische Wirtschaftsmission in den Raum Kiew im ersten Quartal 2025 geplant.

Die IV-NÖ plant eine hochrangig besetzte Wirtschaftsmission in den Raum Kiew, die voraussichtlich im Q1/2025 stattfinden wird, wenn es die Sicherheitslage zulässt. Ziel dieser Delegationsreise ist es, Kontakte zur Ukraine und zu Partnern vor Ort zu knüpfen. Die IV-NÖ möchte bereits jetzt tragfähige Brücken in die Ukraine bauen und wichtige Informationen zu Geschäftsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Region sammeln.

Schwerpunkte der Mission

„Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit stehen im Fokus unserer Gespräche. Wir sehen die Möglichkeit, österreichische Unternehmen aktiv in den Wiederaufbauprozess einzubinden“, erklärt Michaela Roither, Geschäftsführerin der IV-NÖ. Die ersten Kontakte wurden bereits über offizielle Stellen wie die Außenhandelsstelle in Kiew, die österreichische Botschaft sowie die ukrainische Energieagentur hergestellt. Die Delegationsreise bietet den Mitgliedern

der IV-NÖ die Möglichkeit, direkt vor Ort mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu sprechen und sich über Projekte und mögliche Kooperationen auszutauschen. „Wir als IV-NÖ sind proaktiv und wollen schon frühzeitig die Weichen für zukünftige Geschäftsbeziehungen stellen. Angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine ist es uns auch ein besonderes Anliegen, den Unternehmen und Menschen vor Ort Unterstützung und Perspektiven zu bieten“, betont Roither.

INFORMATION

Interessierte IV-NÖ-Mitglieder, die an dieser Delegationsreise teilnehmen möchten, können sich unter der E-Mail-Adresse niederosterreich@iv.at anmelden. Es gilt das „First Come, First Served“-Prinzip.



„Wenn wir so weitermachen wie bisher, machen wir den Standort Österreich kaputt“

Felix Sorger, Geschäftsführer der FMW Förderanlagen GmbH in Kirchstetten, spricht über aktuelle Herausforderungen, Chancen und Strategien für die Zukunft.

Wie ist die aktuelle Geschäftslage bei FMW?

Heuer läuft es nicht ganz so gut wie in den vergangenen beiden Jahren. In den USA wird generell in Wahljahren weniger investiert; in Europa sehen wir eine Rezession, nach den starken Investitionen der letzten Jahre warten viele Unternehmen nun ab. In Asien gibt es genügend Projekte, aber besonders in China wird der Wettbewerb durch dortige lokale Firmen immer härter. Trotzdem bin ich für 2025 optimistisch, dass die Auftragsgänge wieder steigen.

Sie haben China erwähnt – was sind die größten Herausforderungen auf diesem Markt?

China ist nach der Corona-Krise sehr protektionistisch geworden. Es gibt dort plötzlich lokale Firmen, die direkte Konkurrenten von uns sind und die es früher nicht gegeben hat.

Sie haben 2018 die „FMW 2025“-Strategie gestartet. Was waren die wichtigsten Veränderungen?

Wir haben den Fokus auf Digitalisierung gelegt, Schulungsprogramme für unsere Mitarbeiter eingeführt und eine „Local to Local“-Strategie entwickelt. Das heißt, dass wir in den USA und China unsere Standorte stärken, um näher an den Kunden zu sein. Das gilt natürlich auch für Europa.

In den vergangenen Jahren gab es viele Krisen: Corona, Inflation, Energiekrise, Ukrainekrieg. Wie haben sich diese Ereignisse auf Ihre strategische Planung ausgewirkt?

Früher konnte man eine Strategie für sechs oder sieben Jahre festlegen, ohne dass viel Anpassung nötig war. Die Märkte waren stabil, man konnte langfristig planen. Heute sieht das ganz anders aus – man muss ständig auf Veränderungen reagieren und sich anpassen. Unsere Strategie ist heute breiter gefasst, um flexibel zu bleiben. Wir geben uns bewusst mehr Spielraum, damit wir schnell manövrieren können. Das ist für eine Firma unserer Größenordnung möglich, auch wenn wir unser Geschäftsmodell nicht von einem Tag auf den anderen komplett umstellen könnten. Aber wenn es nötig ist, sind wir bereit, uns entsprechend anzupassen. Flexibilität und schnelle Reaktion sind entscheidend.



Nachhaltigkeit ist in der Industrie ein großes Thema. Wie gehen Sie bei FMW damit um?

Nachhaltigkeit wird immer wichtiger, besonders durch die ESG-Vorgaben der EU oder den Green Deal. Für unsere börsennotierten Kunden müssen wir strenge Kriterien erfüllen, was für uns zusätzlichen Aufwand bedeutet, der immer mehr werden wird. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass das in Zukunft eine zusätzliche Belastung wird, aber hoffentlich wird man durch entsprechende Softwarelösungen den Anforderungen nachkommen können.

Wie sehen Sie den Fachkräftemangel? Haben Sie genug qualifizierte Mitarbeiter?

In den meisten Bereichen haben wir das Personal, das wir brauchen. In den technischen Bereichen, besonders bei Software und Elektronik, suchen wir allerdings schon lange nach Verstärkung. Der Vorteil für uns ist die Nähe zur HTL St. Pölten, von der jedes Jahr junge Talente für Praktika zu uns kommen. Wir stellen auch jedes Jahr ein paar ehemalige Praktikanten ein, die das Unternehmen schon kennen. Sie werden dann bei uns weiter ausgebildet. Das sorgt für eine langfristige Bindung. Wer bei uns anfängt, bleibt oft lange im Unternehmen.

Wie sieht es mit Expansionsplänen aus? Haben Sie vor, neue Märkte zu erschließen oder Ihr Produktportfolio zu erweitern?

Wir haben immer wieder Produkte, die wir in Österreich entwickelt haben und dann erfolgreich in die USA vermarkten konnten. Gleichzeitig gibt es in den USA Produkte, die in Europa noch keine Rolle spielen, die aber gut zu unserem Portfolio passen könnten. Hier sehen wir Potenzial, um den nordamerikanischen Markt stärker zu erschließen. Ein weiterer Fokus liegt auf China: Dort müssen wir unsere Produkte an die lokalen Anforderungen anpassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es gibt technologische Unterschiede, auf die wir reagieren müssen. Und dann ist da noch das große Thema Kunststoffrecycling: Die EU pusht das massiv, aber es gibt noch viele Ungereimtheiten, etwa wenn recyceltes Plastik teurer ist als neu hergestelltes. Hier müssen Mechanismen geschaffen werden, die eine konsequente Umsetzung unterstützen.

Wie sehen Sie Niederösterreich als Industriestandort?

Niederösterreich ist für ein Industrieunternehmen definitiv ein guter Standort, die Politik versucht durch unterschiedliche Anreize, das stetig zu verbessern. Die rasche Unterstützung, die nach dem

ZUM UNTERNEHMEN

Die FMW Förderanlagen GmbH (ursprünglich: Förderanlagen und Maschinenbau Wilhelmshaven) wurde 1962 im norddeutschen Wilhelmshaven gegründet. Es gab eine Niederlassung in Wien, deren Standort später nach Kirchstetten, Niederösterreich, übersiedelte – ursprünglich aufgrund der Nähe zur Zuckerindustrie. Heute ist FMW auf Fördertechnik für die Papier-, Zellstoff- und Biomasse-Industrie spezialisiert; es werden auch Anlagen für die Spanplatten- und Recycling-Industrie gefertigt. Mit 95 Mitarbeitern am Standort Kirchstetten sowie Niederlassungen in den USA und China bedient das Unternehmen weltweit Märkte in Europa, Nordamerika und Asien.

Hochwasser angelaufen ist, war etwa beeindruckend und hat stark geholfen.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Chancen und Risiken für den Industriestandort Österreich in den kommenden Jahren?

Wenn wir so weitermachen wie bisher, machen wir den Industriestandort Österreich kaputt. Die größte Chance sehe ich, wenn wir wieder eine kluge Industriepolitik betreiben. Österreich kann das – man muss sich nur anschauen, wie gut das in den vergangenen Jahrzehnten funktioniert hat. Österreich ist zwar kein großes Land, aber wir haben unglaubliche Unternehmen, unsere Hidden Champions. Die sind ein echtes Asset. Wir müssen unbedingt darauf achten, dass wir diese Unternehmen im Land halten. Wenn sie abwandern, wandern auch die Forschung und das Kapital ab, und dann bleibt von Österreich als Industriestandort nicht mehr viel übrig.

Wir müssen daher das Wissenskapital im Land halten, eine gute Standortpolitik betreiben und weiter in Forschung investieren. Auch Migration könnte eine Chance sein, wenn wir es richtig angehen – im Moment tun wir das nicht. Generell sollten wir die aktuellen Herausforderungen auch als Chancen sehen und nicht nur die Risiken im Blick haben.

